

**GEMEINSAME PRESSEKONFERENZ
DES FRANZÖSISCHEN STAATSPRÄSIDENTEN
UND DES DEUTSCHEN BUNDESKANZLERS
NACH ABSCHLUSS DER 60. DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN KONSULTATIONEN**

(Auszüge)

Mitterrand: Ich habe dem, was der Bundeskanzler gesagt hat, nicht viel hinzuzufügen, weil es genau den Stand unserer Diskussionen widerspiegelt.

Unsere Entschlossenheit, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen, ohne uns vom Ziel ablenken zu lassen, wurde eindeutig bekräftigt. Hinzu kommt das Problem - obwohl es eigentlich ja gar keins ist - der Erweiterung. Allerhöchstens wird es einige Einwände von anderen Länder geben, damit die Kohärenz und die Strukturfonds - alles, was zum Ausgleich der verschiedenen Regionen Europas beitragen kann - zumindest einhergehen mit der Aufnahme der neuen Partner.

Bundeskanzler Kohl hat sich zum GATT geäußert. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Betonen möchte ich nochmals den von ihm genannten Begriff "ausgewogener Gesamtkompromiß". Ich habe von Anfang an dieses Argument der globalen Ausgewogenheit ins Feld geführt, schon 1985 in Bonn, als Präsident Reagan zum ersten Mal darüber sprach und sein Vorschlag mir in diesem Punkt unvollständig und folglich inakzeptabel erschien, so daß ich ihm sagte: "Aber das GATT ist nicht nur die Landwirtschaft, da gibt es noch viele andere Dinge."

Wenn wir über die anderen Dinge nicht verhandeln, so können wir nicht über die Landwirtschaft verhandeln oder zumindest keinen Abschluß erzielen. Wir Franzosen haben diese Verhandlungslinie standig beibehalten, und wenn die Unterhändler Europas - die im vorliegenden Fall keine Franzosen sind - zu einem Abkommen bzw. einem Kompromißentwurf gelangt sind (der im übrigen nicht gültig ist, bevor die EG-Institutionen darüber entschieden haben), so geschah das immer gegen die französische Position, obwohl auch wir natürlich von Herzen wünschen, daß das GATT zu einem Erfolg führt. Wir sind überzeugt, daß eine einvernehmliche Lösung, bei der nicht irgendein Partnerland, irgendein Produktionsbereich geopfert wird, zu einem neuen Impuls für die Weltwirtschaft werden kann. Nur geht das nicht, wenn man nachlässig oder locker verhandelt, ohne zu versuchen, alle Möglichkeiten der europäischen und insbesondere französischen Landwirtschaft ins Feld zu führen. Wenn man sich

fälschlicherweise - auf Seiten der Unterhändler, nicht Frankreichs, das dieses Vorgehen immer verurteilt hat - von unseren amerikanischen Partnern auf den Bereich Landwirtschaft hat festnageln lassen, so ist es dennoch nicht zu spät, um das von mir geforderte gute Gleichgewicht wiederherzustellen.

Ich möchte nochmals klarstellen, daß wir für einen guten Abschluß der Verhandlungen sind, daß wir ihn so bald wie möglich wünschen, aber nicht zu den Bedingungen, die jetzt vorgelegt wurden. (...)

Frage: Inwieweit hat Frankreich seine Meinung, seine Haltung zum Thema Erweiterung der EG geändert?

Mitterrand: (...) Wir sind für die Erweiterung. Wir waren immer dafür. Wir drängen sogar auf eine schnelle Erweiterung. Natürlich darf es nicht so schnell gehen, daß neue Länder aufgenommen werden - die Antragsteller wurden gerade schon genannt, die dem Beitritt am nächsten sind: Österreich, Schweden, eventuell Finnland, Norwegen usw. (...) - ohne daß die zwölf derzeitigen Mitglieder sich ganz über den Inhalt ihres Vertrags, insbesondere über Maastricht einig sind, denn wir werden ja von den neuen Mitgliedern fordern, alle Klauseln des Vertrags zu akzeptieren. Es besteht also der Wunsch, schnell voranzugehen, aber andererseits alles zu seiner Zeit zu tun. Ich hoffe, daß das 1993 abgeschlossen sein wird.

Frage: Sie waren im Nahen Osten. Glauben Sie, daß es bald zu einer friedlichen Lösung in dieser Region kommen wird? Zweitens: Sie plädieren für eine neue Jugoslawien-Konferenz. Was erwarten Sie davon? Drittens: Sie wollen Truppen nach Somalia schicken. Wird das nicht ein zweites Libanon?

Mitterrand: Ich war in Israel und in Jordanien. Ich konnte feststellen, daß eine Entwicklung in den Köpfen der israelischen Regierung stattgefunden hat. Es gab ja vor kurzem Wahlen. Die Regierung hat gewechselt und auch die Einstellung zu den Problemen von Frieden und Krieg in dieser Region. Der Unterschied ist spurbar. Eine Prognose will ich nicht wagen. Das ist Aufgabe derer, die dort unter schwierigen Umständen leben.

Viele Journalisten haben mich ständig nach der PLO, dem Palästinenser-Problem gefragt - nicht ich habe also dieses Thema ständig angeschnitten, sondern ich wurde von morgens bis abends darauf angesprochen. Ich habe also wiederholt, was ich seit langem sage, was ich schon vor 10 Jahren bei meiner ersten offiziellen Reise nach Israel sagte: Es wird schwierig sein, Frieden zu erreichen, ohne mit den Leuten zu sprechen, mit denen man kämpft. Und ich stelle jetzt fest, daß die israelische Regierung ein Gesetz verabschiedet hat, das ein Stück in diese Richtung geht, wenn auch nicht ganz zu Ende.

Somalia und Jugoslawien? - Im Moment unterstützen wir die Bemühungen der beiden Unterhändler Herr Vance und Herr Owen. Wir sollten ihre Aufgabe nicht noch komplizierter machen.

Im Augenblick ist festzustellen, daß die bisherigen Anstrengungen im Hinblick auf friedliche Verhandlungen umsonst waren. Das bedauern wir. (...)

Da gibt es den humanitären Aspekt, aber Sie sehen ja, daß selbst das nicht zu dem gewünschten Abschluß kommt. Die EG hat, insbesondere in Lissabon, einen Entwurf über eine militärische Garantie, eine militärische Begleittruppe verabschiedet, damit die Versorgungstransporte dort ankommen, wo sie ankommen sollen, das heißt bei den Einwohnern der belagerten Städte, vor allem Sarajewo, aber auch anderer Städte in Bosnien.

Die Gegebenheiten des Geländes und die Art der Kämpfe in Jugoslawien erlauben uns natürlich nicht, das zu tun, was wir in Somalia in den kommenden Tagen und Wochen tun können.

Wir engagieren uns. Frankreich hatte schon Initiativen dieser Art ergriffen, und wir haben uns mit den Vereinigten Staaten abgestimmt. Frankreich wird ein Kontingent von 1.500 bis 2.000 Mann schicken, um sich an dem Unternehmen zu beteiligen, das die Vereinten Nationen beschlossen haben. Es besteht die Absicht, dort so lange zu bleiben, bis ein Durchbruch in der tragischen Situation erreicht ist. Es besteht nicht die Absicht, ständig dort zu bleiben, deshalb möchte man diese Operation recht schnell beenden, die beispielhaft sein soll.

Einen Vergleich mit dem Libanon oder auch mit Bosnien kann man schlecht ziehen, weil das Gelände völlig anders ist und auch der Konflikt selbst. In Somalia sind es Banden, die sich bekriegen; man weiß nicht einmal, weshalb oder worüber, vielleicht kämpfen sie einfach um die Macht oder aus Spaß am Töten, am Plündern, am Zerstören aller Ressourcen dieses unglückseligen Landes. Ich denke, sobald wir so eindeutig, unter der Garantie der Vereinten Nationen, diese Operation humanitärer Einmischung durchführen - das ist ja wirklich ein ganz neues Phänomen im internationalen Recht, das ist eine Operation von historischer Bedeutung. Die Möglichkeiten, die der Konflikt in Somalia bietet, entsprechen am besten unseren Eingriffsfähigkeiten. Deshalb tun wir es dort früher als anderswo im Hinblick auf die Möglichkeit, es anderswo zu tun, wenn es notwendig ist und in unseren Möglichkeiten steht.

Frage: Haben Sie die währungspolitische Lage gesprochen, die ja recht schwierig zu sein scheint, auch wenn es zur Zeit keine Spekulation gegen den Franc gibt. Haben Sie über die Parität zwischen Franc und Mark, über das Problem der deutschen Zinssätze gesprochen?

Mitterrand: Die Finanzminister haben ausgiebig darüber gesprochen, auch der französische Premierminister hat mit dem Bundeskanzler darüber gesprochen, und ich habe mich ebenfalls dazu geäußert.

Auf jeden Fall haben sie - ich lese hier mal den Text - "ihre feste Verpflichtung auf das EWS und seinen Wechselkursmechanismus" bekräftigt. Weiter heißt es: "Die Parität DM/Franc ist voll gerechtfertigt durch die wirtschaftlichen Daten der beiden Länder." Soweit die Antwort, die ich Ihnen dazu geben kann. Natürlich ist uns nicht eine Reihe von Erschütterungen in jüngster Zeit entgangen, aber es besteht ein sehr gutes Einvernehmen zwischen den Verantwortlichen in Deutschland, zwischen dem Bundeskanzler und mir und dem Premierminister, das ermöglicht hat, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Solidarität merkt man in der Not.

Frage: Haben Sie über das Projekt einer großen europäischen Wirtschaftsbelebung gesprochen, und wie stehen Sie dazu?

Mitterrand: Wir haben über eine sogenannte "Wachstumsinitiative" gesprochen und sind uns einig, sie in verschiedenen, genau benannten Bereichen in Angriff zu nehmen, und zwar ganz konkret. (...)